

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

September 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

pünktlich zur Sitzungswoche war ich wieder in Berlin, zurück von meiner Dienstreise nach Kambodscha, wo ich als Redner an der von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem dortigen Friedensinstitut organisierten Sicherheitskonferenz zur Indo-Pazifischen Strategie teilnahm. Als Berichterstatter meiner Fraktion im Auswärtigen Ausschuss für die Staaten Südostasiens inkl. Kambodschas muss ich schließlich wissen, wovon ich rede.

Auch aus Kambodscha habe ich die mediale Großberichterstattung zum Thema „Maaßen und die große Koalition“ vernommen. Dazu lassen Sie mich kurz Folgendes sagen: Herr Maaßen, ein hoch angesehener Fachmann deutscher Sicherheitspolitik, hat einen Fehler gemacht, als er der Bildzeitung ein Interview gab, ohne seine Zweifel im Vorfeld intern zu äußern und zu untersuchen. Es fehlte das nötige Fingerspitzengefühl als Chef einer sehr wichtigen nachgelagerten Bundesbehörde. Die nun stattfindende Versetzung Herrn Maaßens auf eine Beraterfunktion im Bundesinnenministerium mit einer identischen Besoldung halte ich für angemessen.

Ein weiteres personelles Ereignis der letzten Tage ist die Wahl von Ralph Brinkhaus zum 15. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es war ein urdemokratischer Vorgang mit knappem Ausgang. 13 Jahre war Volker Kauder mit großem Erfolg unser Fraktionsvorsitzender. Wir sind ihm zu Dank verpflichtet. Dem neuen Fraktionsvorsitzenden wünsche ich für seine Arbeit ebenfalls viel Erfolg und alles Gute.

Entgegen der Aussagen zahlreicher politischer Beobachter, ist es nicht so, dass die große Koalition in den vergangenen Wochen untätig gewesen wäre. Parallel zur öffentlichen Aufmerksamkeit wurden vom Bundeskabinett am 19. September 2018 unter anderem der Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus, der Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in



der Kindertagesbetreuung sowie die Qualifizierungsoffensive und Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung beschlossen und an den Deutschen Bundestag übergeben.

Darüber hinaus haben allein in der vergangenen Woche Wohn-, Diesel- und Netzgipfel stattgefunden. Vom 19. bis 20. September trafen sich in Salzburg außerdem die Staats- und Regierungschefs bei ihrem informellen Treffen, um über Migration, innere Sicherheit und vor allem über den Brexit, der in weniger als 190 Tagen vollzogen werden soll, zu beraten. Auch im Bundestag wurden diese Woche wichtige Gesetze, wie die Wiederherstellung der Parität in der GKV oder die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung beraten. Weder die große Koalition noch das politische Leben stehen also still. Wir müssen nicht zur Sacharbeit zurückkehren, sondern dem um sich greifenden Alarmismus endlich den Rücken kehren. Dazu soll dieser Newsletter einen kleinen Beitrag leisten.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Fraktionsvorsitz • Kambodscha • Wohngipfel • Netzgipfel • Dieseltipfel • Europäischer Rat
• Pflegepersonalstärkungsgesetz • GKV-Beitragssenkung • Kabinett • Zahlen & Fakten

Wahlen in der Bundestagsfraktion:

Ralph Brinkhaus wird neuer CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender

Am Dienstagnachmittag geschah im Fraktionsitzungsraum ein Novum in der Geschichte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden zwischen Volker Kauder, 13 Jahre Fraktionsvorsitzender unserer Bundestagsfraktion, und Ralph Brinkhaus, seit 2009 Bundestagsabgeordneter und Vizefraktionsvorsitzender für den Bereich Finanzen. Eine Wahl mit zwei Kandidaten hat es in unserer Fraktion zuvor noch nie gegeben.

Kaum einer hätte im Vorfeld der Wahl gedacht, dass Ralph Brinkhaus gegen Volker Kauder mit 52,7 % gewinnen könnte, selbst nach dem relativ schlechten Ergebnis Volker Kauders bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden ohne Gegenkandidaten vor einem Jahr (77,3%).

Auch wenn das Ergebnis eine Überraschung war, so konnte niemanden die in den vergangenen Wochen und Monaten sichtbar steigende Unzufriedenheit verwundern und überraschen. Die Mehrheit der Fraktion hat sich seit einiger Zeit eine Umkehr dahingehend gewünscht, dass die Fraktion Ort der politischen Debatte und des Ringens um Mehrheiten und nicht ausschließlich des Bestätigens von getroffenen Entscheidungen wird.

Ich habe mit Ralph Brinkhaus in meiner Zeit als ordentliches Mitglied im Finanzausschuss stets vertrauensvoll zusammengearbeitet. Er ist ein kompetenter und versierter Parlamentarier, der vor allem an Sachorientierung interessiert ist und das Ziel hat

unsere Gesellschaft zusammenzuführen. Ich wünsche ihm für die vor ihm liegende schwierige Aufgabe alles Gute und werde ihn selbstverständlich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bestmöglich unterstützen.

Ich möchte gern kurz zu den medialen Berichten, dass dies eine Abstimmung über unsere Bundeskanzlerin gewesen sei, Stellung beziehen. Aus der Innensicht der CDU/CSU-Fraktion halte ich das für eine abwegige Aussage. Als Parlamentarier der CDU/CSU-Fraktion sind wir am Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung interessiert. Es war ausschließlich eine routinemäßig stattfindende Fraktionswahl. Die Mehrheit der Fraktion hat sich neue Impulse von der Fraktionsspitze gewünscht und diesem Wunsch in einer demokratischen Wahl Ausdruck verliehen. Das sagt nichts über die Bundesregierung, sehr wohl aber etwas über das Selbstverständnis der Fraktion als Ort der politischen Debatte. Man muss die Entscheidung nicht begrüßen, aber man sollte sie als demokratisches Resultat akzeptieren – so wie es die Bundeskanzlerin am gestrigen Abend getan hat – und nicht uminterpretieren zu einer Wahl gegen die Bundeskanzlerin.

Weil es mir persönlich sehr wichtig ist, möchte ich zum Ende meines Artikels Volker Kauder danken. Er war 13 Jahre Vorsitzender unserer Fraktion und hat in seiner Funktion maßgeblich zum Erfolg der Union in den letzten 13 Jahren beigetragen. Er war ein stets verlässlicher, engagierter und fairer Fraktionsvorsitzender, der in seiner hervorragenden Arbeit ein fester und wichtiger Bestandteil des politischen Deutschlands ist. Er ist ein vorbildlicher Demokrat mit Herz. ■

Dienstreise:

5 Tage in Kambodscha

Als Berichterstatter für die Staaten Südostasiens habe ich im Frühjahr eine Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten, um auf der Konferenz zur Indo-Pazifischen Strategie zu sprechen. Ich nutzte meinen dortigen Aufenthalt, um auch mit dem Land und den Leuten ins Gespräch zu kommen.

Es war keine einfache Reise. Ein armes, aber wirtschaftlich stark wachsendes Land, das vielen Menschen in Europa vor allem durch die Herrschaft Pol Pots und der Roten Khmer (1975-1979), der mindestens 1,7 Mio. Kambodschaner zum Opfer gefallen sind, im Gedächtnis sein dürfte. Seit 33 Jahren wird es von Premierminister Hun Sen regiert. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung wurde Kambodscha zu einem de facto Einparteiensstaat, nachdem der Oppositionsführer wegen Hochverrats inhaftiert (mittlerweile wieder freigelassen) und die Oppositionspartei, die bei den vergangenen Wahlen 2013 noch 44 Prozent der Stimmen erhalten hatte, aufgelöst wurde.

Die Medien- und Pressefreiheit, das Justiz- und Gerichtswesen, die Menschenrechtslage und auch das Landrecht erfüllen in keinem Ansatz (west-)europäische Standards. Gerade deshalb lag mir viel an dem informellen Treffen mit Vertretern regierungskritischer NGOs. Es waren aufschlussreiche Gespräche, die mir einen ehrlichen Einblick außerhalb der offiziellen Statements erlaubten.

Trotz der angespannten innenpolitischen Lage habe ich ebenfalls Premierminister Hun Sen getroffen, um über die innen- und außenpolitische Lage Kambodschas zu sprechen. Die von mir formulierte Aufforderung an die Regierung, weitere Schritte in Richtung EU zu gehen, wurde dabei erwartungsgemäß nicht aufgegriffen.

Neben dem Besuch des in negativer Hinsicht beeindruckenden Khmer Rouge Foltermuseums Toul Sleng mit anschließendem Gespräch mit Überlebenden, hatte ich zum Abschluss meines Besuches die Möglichkeit das UNESCO-Weltkulturerbe, die Tempelanlage von Angkor Wat, zu besichtigen, die mit deutscher Hilfe restauriert wird. Es war ein atemberaubender und unvergesslicher Ausflug.

Was ich als wichtigen Input aus Kambodscha mitgenommen habe, ist die Dringlichkeit, mit der die EU-Staaten sehr zeitnah eine Strategie finden müssen, mit der sie dem Einflussstreben Chinas etwas entgegensetzen können. Die Staaten Südostasiens, aber auch Afrikas und Südamerikas begreifen zu-

nehmend die allumfassenden Dimensionen der chinesischen Investitionen und sehen vermehrt deren Kosten fürs eigene Land: Verlust an Know-How und Souveränität, Steigerung des chinesischen Einflusses und von Krediten unter hohen Auflagen und Zinsen. Letztendlich fehlen ihnen aber die Alternativen zu chinesischen Investitionen. An diesem Punkt sollten die EU-Staaten gemeinsam ansetzen. Eine Welt in chinesischer Hand ist keine Science-Fiction mehr – schon gar nicht aus kambodschanischer Sicht. Vorsicht ist daher angebracht.

Schauen Sie sich gern die Fotos von meiner Dienstreise am Ende dieses Briefes aus Berlin genauer an.



Wohngipfel:

Wohnen in Deutschland

Auf Einladung der Bundeskanzlerin haben zahlreiche Bundesminister, Ministerpräsidenten, Länderbauminister, die kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der Bau- und Wohnungswirtschaft sowie weitere relevante Akteure auf den Wohnungsmärkten eine umfassende Wohnraumoffensive für 1,5 Millionen neue Wohnungen in Deutschland verabredet. Mit öffentlichen und privaten Investitionen soll die Stabilität des Wohnungsmarktes wiederhergestellt werden.

Die Ergebnisse des Wohngipfels sind ein Auftakt für einen Meilenstein in der Wohnungspolitik des Landes. Es soll kräftige Impulse und eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen geben. Bund, Länder und Kommunen wollen für mehr Neubau und sozialen Ausgleich bei der Mietenentwicklung sorgen. Sowohl Häuslebauer als auch Mieter werden unterstützt. Eine Auswahl an geplanten Maßnahmen im Überblick:

- Der Bund stellt für die soziale Wohnraumförderung im Zeitraum 2018 bis 2021 mindestens 5 Mrd. Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit den Mitteln von Ländern und Kommunen können damit über 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden.
- Der Bund stellt in dieser Legislaturperiode für das Förderprogramm Baukindergeld insgesamt 2,7 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit soll die Eigentumbildung für Familien und Alleinerziehende mit Kindern gestärkt werden.
- Der Bund will den Mietwohnungsbau durch eine steuerliche Sonderabschreibung fördern. Die Finanzierung erfolgt durch Bund, Länder und Kommunen.
- Der Bund schafft für die Wohnungsfürsorge Wohnraum für Bundesbedienstete.

- Der Bund bekennt sich zur Wohnungsbauprämie und wird diese weiter verbessern.
- Bezahlbares Bauen und Wohnen, Energieeffizienz und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die im Klimaschutzplan 2050 verankerten Maßgaben sind zu berücksichtigen.
- Mit der Förderung des altersgerechten Umbaus (75 Mio. Euro) ermöglicht der Bund weiterhin vielen Bürgern einen möglichst langen Verbleib im vertrauten Wohnumfeld.
- Die Bundesregierung wird die Regelungen des Wohnungseigentumsrechts bezüglich u.a. Barrierefreiheit, energetische Sanierung, Förderung von Elektromobilität und Einbruchschutz reformieren.
- Die Städtebauförderung wird auf Rekordniveau von 790 Mio. Euro (Bund) fortgeführt. Länder und Gemeinden tragen mit eigenen Mitteln zur Finanzierung des Städtebaus bei.
- Im Zusammenhang mit Maßnahmen der Wohnraumoffensive werden wir einen fairen Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern sicherstellen.
- Mit einer Wohngeldreform 2020 wird das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes gestärkt werden.
- Die Kommunen sollen bei der Aktivierung von Bauland und bei der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden. Hierzu wird die Bundesregierung weitere Verbesserungen im Bauplanungsrecht vorschlagen. Die Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ wird sich noch in diesem Jahr mit Vorschlägen zu Änderungen des Bauplanungsrechts beschäftigen. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat beabsichtigt, dort besonders drängende Themenkomplexe zu erörtern.
- Bund und Länder verstärken die Nutzung öffentlicher Liegenschaften für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus.
- Baukostensenkung und Fachkräftesicherung:
 - Bezahlbares Bauen ist wesentlich durch handhabbare und verständliche Landesbauordnungen bestimmt
 - Serielles und modulares Bauen ist eine schnelle, preisgünstige und zugleich qualitätsvolle Antwort auf die wachsende Nachfrage nach Wohnungen.
 - Der Weg von der Planerstellung zum fertigen Bauwerk wird effizienter gestaltet und damit kostenoptimiert werden.
 - Standards und Normen können ebenso wie gesetzliche Regelungen im Baubereich zu Kostenfolgen führen. Diese Entwicklung brechen wir auf.

- Wir begrenzen die Kosten für moderne Gebäudetechnik - sowohl in der Anschaffung als auch im Betrieb.
- Damit die zusätzlichen investiven Impulse zu der angestrebten kurzfristigen Ausweitung des Wohnungsbaus führen, ist neben der Aktivierung von Bauland eine ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften und Baukapazitäten notwendig. Zu diesem Thema wird der Bundesbauminister ein Spitzengespräch mit den Beteiligten der Wertschöpfungskette Bau durchführen.

Das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ wird gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden die Umsetzung der Vereinbarungen des Wohngipfels begleiten und gegebenenfalls weitere Initiativen zur Zielerreichung beim Wohnungsneubau anstoßen. Die Beiträge aller Bündnispartner bieten hierfür eine sehr gute Grundlage, die durch den Dialog mit weiteren Akteuren vertieft wird. Zur Koordination des Umsetzungsprozesses auf Bundesebene wird ein interministerieller Staatssekretärsausschuss eingesetzt.

Angesichts der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt war der Gipfel ein Erfolg, der zugegebenermaßen spät, aber dafür in aller Klarheit kommt. Ich begrüße die Beschlüsse und hoffe, dass diese schnellstmöglich zu einer Entlastung führen werden. ■

Dieseltipfel:

Einigung in greifbarer Nähe

Am Wochenende hat im Bundeskanzleramt ein Treffen der Bundesregierung mit Vertretern der deutschen Automobilunternehmen stattgefunden, um über die Dieselpolitik zu beraten. Diese Gespräche werden am heutigen Freitag im Bundeskanzleramt fortgesetzt.

Die Ziele der Unionsfraktion sind dabei klar: Wir können die Dieselbesitzer nicht allein lassen. Wir wollen Fahrverbote in den Innenstädten vermeiden. Wir wollen, dass die Automobilhersteller ihren Teil der Verantwortung tragen. Wir stehen zur Automobilindustrie in unserem Land. Allerdings sollte die Branche insgesamt verbraucherorientierter auftreten. Das gilt vor allem für die Hersteller, denen Abgasmanipulationen zur Last gelegt werden.

Mit meinen CDU-Kollegen aus dem Rhein-Main-Gebiet bin ich mir darin einig, dass – unabhängig von weiteren juristischen Entscheidungen – Fahrverbote vermieden werden, die Fahrzeugbesitzer Rechtssicherheit bekommen und keinen finanziel-

len Schaden davontragen, wenn die Industrie manipuliert. Gleichzeitig wollen wir Lösungen finden, um individuelle Mobilität, Klimaschutz und saubere Luft in unseren Großstädten in Einklang zu bringen. Außerdem erwarten wir die zügige Umsetzung der wichtigen Infrastrukturprojekte im Rhein-Main-Gebiet zur Entlastung des Straßennetzes aber vor allem auch zum notwendigen Ausbau des schienegebundenen öffentlichen Personennahverkehrs.

Es gibt für die Bundesregierung und die Koalition nach wie vor keine einfache Lösung. Es muss klug abgewogen werden, wie das Maßnahmenpaket aussehen soll. Aber klar ist auch: Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort auf ihre berechtigten Fragen geben. Und dabei ist vor allem die Autobranche am Zug – jetzt!

Ich warte auf die zu ergreifenden Maßnahmen, auf die sich hoffentlich im weiteren Verlauf des heutigen Tages auf dem Dieselpipfel verständigt wird. ■

Netzpipfel:

Einigung auf Maßnahmenpaket

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, hat vergangene Woche die Energieminister der Länder zu einem Netzpipfel ins Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eingeladen, um den bis dato eher schleppend verlaufenden Netzausbau voranzubringen. Das dort vereinbarte Maßnahmenpaket vereint drei wichtige Säulen:

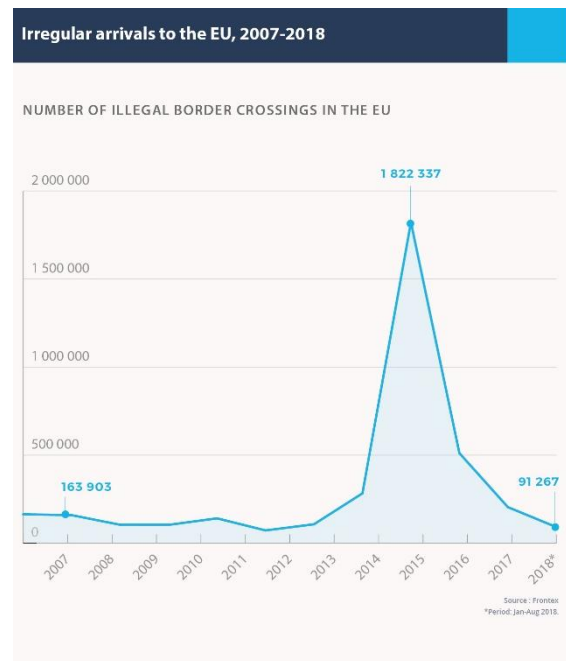
- Novelle des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG 2.0): zum Beispiel eine Vereinfachung und Verkürzung von Verfahren;
- Ziele für den Abschluss von Genehmigungsverfahren: bis Ende 2021 sollen unter anderem alle Vorhaben nach dem Energieleitungsausbaugesetz sowie die Stromautobahnen genehmigt werden;
- Vorausschauendes Controlling: unter anderem klare Benennung, wer was bis wann macht und regelmäßige Treffen, um Handlungsbedarf zu adressieren.

Die Länder begrüßten zudem den im August von Herrn Altmaier vorgelegten Aktionsplan Stromnetz. Er wird weiter beraten, soll aber noch im 1. Quartal 2019 vom Bundeskabinett beschlossen werden. Die Energiewende kann nur erfolgreich werden, wenn der Netzausbau konsequent voranschreitet. Wir haben ein nationales Interesse am Ausbau des Netzes. Daher müssen Bund und Länder künftig ihre Hausaufgaben sorgfältiger machen. Der Gipfel war ein wichtiger Schritt dafür. ■

20./21. September in Salzburg:

Informeller Europäischer Rat

Die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Staaten sind am Abend des 20. September zu einem informellen Arbeitsessen in der österreichischen Barockstadt Salzburg zusammengetroffen, um über das Thema der Migration zu beraten. Dabei nahmen sie zur Kenntnis, dass die Zahl der irregulären Einreisen verringert wurde und nun sogar niedriger ist als in den Jahren vor der Krise ist (siehe Grafik). Einhellige Meinung war, dass es legale Wege nach Europa geben muss, wie beispielsweise durch Visumsvergaben und berufliche Bildung. Wichtig: kontrolliert und nach Auswahl. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, die Zusammenarbeit mit Drittländern - wie Ägypten - zu stärken. In diesem Zusammenhang haben die EU-Führungsspitzen vereinbart, im Februar 2019 ein Treffen mit der Arabischen Liga abzuhalten.



Council of the European Union
General Secretariat

© European Union, 2018.
Reproduction is authorised, provided the source is acknowledged

Im weiteren Verlauf des Rates einigten sich die Staats- und Regierungschefs zudem auf die Stärkung sowohl der Europäischen Grenz- und Küstenwache FRONTEX als auch des Kampfes gegen alle Formen von Cyberkriminalität, Manipulationen und Desinformation. Die Fragen in Bezug auf die Hoheit und die Größe von FRONTEX müssen allerdings noch weiter erörtert werden. Dort konnte keine Einigung erzielt werden.

Beim Thema Brexit stimmten die verbleibenden 27 EU-Staats- und Regierungschefs darin überein, dass es kein Austrittsabkommen ohne eine solide, operative und rechtsverbindliche Lösung für Irland geben

wird. Sie vereinbarten weiter, dass es eine gemeinsame politische Erklärung geben wird, die größtmögliche Klarheit über die künftigen Beziehungen schafft und legen einen entsprechenden Zeitplan für die weiteren Verhandlungen fest. Bis Oktober sind zwingend weitere Fortschritte nötig, damit es zu einem kontrollierten Brexit kommen kann.

Zusammengefasst: Migration im Soll, FRONTEX wird gestärkt und den Briten wird ein Rosinenpicken nicht gestattet. ■

1. Beratung im Bundestag:

Pflegepersonalstärkungsgesetz

Am 01. August 2018 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals beschlossen, der im Bundestag in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde. Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen refinanziert und eine separate Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden. Ab dem Jahr 2019 steht ein Finanzvolumen von bis zu 4 Milliarden Euro für den Ausbau des Krankenhausstrukturfonds bereit, mit dem wichtige Strukturentscheidungen unterstützt werden können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege ist die Schaffung 13.000 neuer Stellen vorgesehen. ■

1. Beratung im Bundestag:

Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der GKV

Wir haben in dieser Woche ebenso in erster Lesung einen Gesetzesentwurf zur paritätischen Finanzierung des bisherigen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung beraten. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Beitrag zur Krankenversicherung damit wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt. Dadurch müssen Arbeitnehmer monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Kassenreserven werden abgebaut. Der monatliche Mindestbeitrag zur Kasse für Kleinselbstständige wird auf 171 Euro halbiert. Weiterhin wird etwa die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für hauptberuflich Selbstständige – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – halbiert. Finanzreserven der Krankenkassen sollen zur Entlastung der Beitragszahler durch die Festlegung gesetzlicher vorgeschriebener Höchst-

grenzen und Abbaumechanismen in Form der Stabilisierung oder Senkung der Zusatzbeiträge zurückgeführt werden. ■

Bundeskabinett:

Aktuelle Beschlüsse

Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung

- 5,5 Mrd. Euro will der Bund den Ländern bis 2022 zur Verfügung stellen, um die Eltern bei den Gebühren zu entlasten und die Qualität der frühen Bildung dauerhaft zu verbessern.
- Der Bund will mit allen Ländern daher individuelle Vereinbarungen abschließen. Jedes Bundesland kann in zehn vorgegebenen Handlungsfeldern selbst auswählen, welche Bereiche es fördern will.

Qualifizierungsoffensive und Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung

- Einen Teil der Weiterbildungskosten kann künftig die Bundesagentur für Arbeit übernehmen, wenn sich die Arbeitgeber beteiligen.
- Die Kostenbeteiligung der Arbeitgeber richtet sich nach der Betriebsgröße - größere Unternehmen müssen sich stärker beteiligen als kleine oder mittlere Unternehmen.
- Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt ab dem 1. Januar 2019 von 3,0 auf 2,5 Prozent. Weitere 0,1 Prozentpunkte werden durch Rechtsverordnung befristet bis 2022 reduziert.
- Damit werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber um rund sechs Mrd. Euro jährlich entlastet.
- Künftig muss man für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I min. 1 Jahr in zweieinhalb Jahren versicherungspflichtig gearbeitet haben.

Einsetzung einer Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität

- Es werden ein Lenkungskreis und sechs Arbeitsgruppen eingerichtet um Ideen und Konzepte zu entwickeln, um auch künftig eine bezahlbare, nachhaltige und klimafreundliche Mobilität sicherzustellen. Unmittelbar nach dem Lenkungskreis nehmen die folgenden Arbeitsgruppen ihre Arbeit auf: Klimaschutz im Verkehr; nachhaltige Mobilität: Alternative Antriebe und Kraftstoffe; Digitalisierung, Automatisiertes Fahren und neue Mobilitätsangebote (einschließlich gesellschaftliche Aspekte der Mobilität); Sicherung des Mobilitäts- und Produktionsstandortes, Batteriezellproduktion, Rohstoffe und Recycling, Bildung und Qualifizierung; Sektorkopplung; Standardisierung, Normung, Zertifizierung und Zulassung

- Dem Lenkungskreis gehören Vertreter der Ressorts, der Länder und Kommunen sowie Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltverbände und der Gewerkschaften an.

Siebentes Energieforschungsprogramm

- Von 2018 bis 2022 stellt die Bundesregierung insgesamt rund 6,4 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien zur Verfügung.

Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus

- Investoren sollen künftig vier Jahre lang zusätzlich jeweils fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten einer neuen Mietwohnung bei der Steuer geltend machen können (Sonderabschreibung), sofern diese mindestens 10 Jahre vermietet wird.
- Die Abschreibungsmöglichkeit von jährlich zwei Prozent bleibt bestehen.

Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Terroropfern:

- Ernennung des Opferbeauftragten der Bundesregierung, Prof. Dr. Edgar Franke, MdB
- Deutliche Erhöhung der Härteleistungen für Opfer von terroristischen Straftaten ■

Zahlen und Fakten:

Wirtschaftsfaktor Spielebranche

Auf der diesjährigen Computerspielemesse „Gamescom“ in Köln wurden mit Spitzenzahlen bei Besuchern und Ausstellern neue Rekorde erzielt. Die Zahl der Deutschen, die gelegentlich oder regelmäßig Computer und Videospiele spielen, liegt bei über 34 Millionen Personen. Ihr Durchschnittsalter steigt stetig und lag 2018 bei 36,1 Jahren. Der Anteil der Frauen liegt bei 47 Prozent. Beliebteste Spiele-Plattform ist mittlerweile das Mobiltelefon, noch vor dem Personal-Computer – 18,2 Millionen Personen gaben an, ihr Smartphone zum Spielen zu nutzen, 17,3 Millionen nutzten ihren PC. Jeder dritte Nutzer von digitalen Spielen hat sich bereits mindestens einmal zum gemeinsamen Spiel mit Freunden und Bekannten getroffen.

Angesichts der breiten Nutzung digitaler Spiele in der deutschen Gesellschaft ist es folgerichtig, dass der deutsche Markt für Computer- und Videospiele kontinuierlich wächst – um 15 Prozent von 2016 auf 2017, als 3,3 Milliarden Euro in diesem Marktsegment umgesetzt wurden. Der deutsche Marktanteil an den Spieleentwicklungen bleibt dabei gering,

und fiel im Jahr 2017 auf einen Wert von 5,4 Prozent. (Quelle: Verband der deutschen Games-Branche) ■

Weitere Impressionen



Oben: Gespräch mit Dr. Simon Waldman und Vertretern von NAFFO zum Thema UNWRA

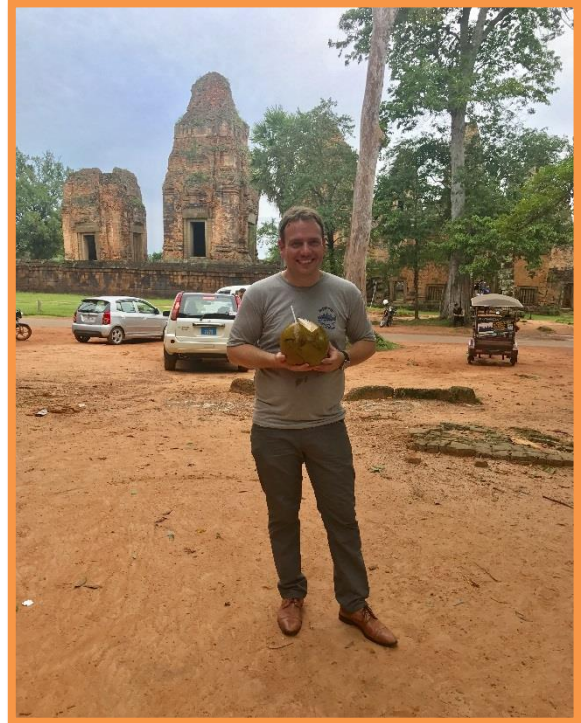
Unten: Verabschiedung meiner Praktikanten, Maya Döhne und Jan Niklas Brill. Lesen Sie ihre Berichte auf www.markus-koob.de



Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Impressionen aus Kambodscha



Oben: zwei Eindrücke aus meinem Besuch in Angkor Wat

Unten: Phnom Penh bei Nacht

